

EU - Mitgliedstaaten der EU beschließen die Aufhebung aller bilateralen Investitionschutzabkommen

Von Marcelina Nowak

(GTAI) Am 15. Januar 2019 haben die EU-Mitgliedstaaten eine [Vereinbarung](#) ▶ getroffen, dass alle innereuropäischen Investitionsschutzabkommen (Intra-EU-BITs) aufgehoben werden. Diese Entscheidung ist die Antwort auf das [EuGH-Urteil in der Rechtssache Achmea](#) ▶. Tenor dieses Urteils war, dass die Schiedsklauseln in Investitionsschutzabkommen mit dem EU-Recht unvereinbar sind. Im Sinne des Urteils haben sich jetzt die EU-Staaten darauf geeinigt, bis Ende 2019 alle Intra-EU-BITs zu beenden. Laufende Schiedsverfahren werden als unzulässig erachtet. Wegen der Rechtssicherheit sollen aber zuvor vollstreckte Schiedssprüche nicht beanstandet werden. Bereits bestehende Schiedssprüche sollen nicht vollstreckt werden. Die [Europäische Kommission](#) ▶ begrüßt die Vereinbarung.

Zum Thema:

- [GTAI-Meldung vom 16. März 2018 - EU - Schiedsklausel in EU-internen bilateralen Investitionsschutzabkommen/Achmea-Urteil des EuGH](#) ▶



Marcelina Nowak | ©
GTAI/Rheinfoto

KONTAKT

Marcelina Nowak

☎ +49 228 24 993 371

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.